

## **Festrede anlässlich des Kommerses zum Tag der Deutschen Einheit**

### **Gehalten von Bundesminister a.D. Dieter Haack am 2. Oktober 2006 in Jena**

An vielen Orten in Deutschland finden heute und morgen Gedenkfeiern statt. Und wir haben wirklich etwas zu feiern. Vor 16 Jahren ist Deutschland wiedervereinigt worden. Ich erinnere mich als damaliger Bundestagsabgeordneter an die eindrucksvolle Feierstunde im Schauspielhaus am Berliner Gendarmenmarkt am Abend des 2. Oktober und die Einheitsfeier vor dem Berliner Reichstag. Die Teilung Deutschlands war nach 45 Jahren beendet. In ganz Deutschland war nach 57 Jahren wieder ein demokratischer Staat entstanden. Die Einheitsfeier war Ausdruck menschlicher Freude und nicht Dokumentation staatlicher Macht. Unsere Nachbarn in West und Ost mussten keine Angst haben vor einem vereinten Deutschland – im Gegenteil: mit der Wiedervereinigung wurde der Ost-West-Gegensatz überwunden und der Prozess hin zu einem vereinten Europa bestärkt.

Mit diesem historischen Ereignis waren sozusagen über Nacht alle Vorurteile und Fehleinschätzungen überwunden. Noch ein Jahr vorher hatte ein bekannter Journalist einer bekannten deutschen Wochenzeitung geschrieben: „Wer heute das Gerippe der deutschen Einheit aus dem Schrank holt, kann alle anderen nur in Angst und Schrecken versetzen“.

Die Schnelligkeit und Dynamik des deutschen Einigungsprozesses und der Zusammenbruch des Kommunismus waren nicht vorherzusehen, notwendig war aber immer gewesen, am Recht auf Einheit und Selbstbestimmung der Deutschen festzuhalten. Von diesem Recht haben dann die Bürgerinnen und Bürger in der DDR 1989/90 Gebrauch gemacht.

Am 3. Oktober 1990 ist der Verfassungsauftrag unseres Grundgesetzes zur Einheit Deutschlands erfüllt worden. Die Schöpfer des Grundgesetzes wollten 1949 eine neue Ordnung und ein Deutschland, das als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt dient.

Dies war der Bruch zur Machtpolitik Hitlers, mit der er Deutschland zerstört hatte. Die Verbindung von Freiheit und Einheit, die Verknüpfung von Deutschland und Europa und die Orientierung am Frieden in der Welt in der Präambel des Grundgesetzes zeigen, dass es seit 1949 nie um Restauration, sondern um den künftigen Prozess der deutschen und europäischen Einigung ging.

Dieser Prozess setzt ein geläutertes Nationalgefühl voraus, das an den Fehlern der Vergangenheit orientiert ist.

Bei einem Gedenktage wie dem 3. Oktober sollten wir uns fragen, was wir aus unserer Geschichte lernen müssen und wie wir unserer Verantwortung heute und morgen gerecht werden. Wenn sich studentische Verbindungen dabei an einem Wort des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuß orientieren, sind sie gut beraten: „Akademikertum nicht als Anspruch und tote Form, sondern als Leben aus tiefer Verantwortung vor Gott und den Menschen, zu deren Dienst wir gerufen sind.“

In diesem Geist war vor 190 Jahren auch die burschenschaftliche Bewegung entstanden. Dabei gingen von Jena wichtige Impulse aus, auf die auch die heutige Jenaische Burschenschaft stolz sein kann. Sie hat an diese Tradition angeknüpft als sie im Dachverband der DB ein Bekenntnis zum Widerstand des 20. Juli 1944 beantragt hat. Die Worte des Attentäters Graf Stauffenberg „Wir wollen eine neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern des Deutschen Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt“ entsprechen dem urburschenschaftlichen Vermächtnis.

Wir dürfen uns heute freuen, dass nach vielen Fehlern und Irrwegen in den beiden vergangenen Jahrhunderten endlich auch bei uns Demokratie, Freiheit und Nation eine Einheit sind. Eine freiheitliche Demokratie stellt Anforderungen an ihre Bürger weil sie nicht Untertanen, sondern Mitwirkende sein sollen. Zu Recht hat sich neuerdings der Begriff Bürgergesellschaft gebildet.

Ich möchte einige Schwerpunkte für das notwendige bürgerliche Engagement nennen, die mir auch nach langjährigen politischen Erfahrungen besonders wichtig sind: Es wird von uns erwartet, dass wir dem Opportunismus widerstehen, Zivilcourage zeigen und unserem Gewissen folgen. Von Zivilcourage ist in Festreden zu hören, aber im täglichen Leben wenig zu sehen. Reden und Handeln stimmt selten überein. In einem freien und demokratisch verfassten Land, in dem wir heute leben dürfen, ist Zivilcourage nicht lebensgefährlich wie in Unrechtsstaaten, kann aber Unannehmlichkeiten mit sich bringen: berufliche und wirtschaftliche Nachteile, politische und gesellschaftliche Schwierigkeiten. Zivilcourage ist aber dringend geboten. Sie kann, wie der bekannte

Theologe Dietrich Bonhoeffer in schwerer Zeit – an der Jahreswende 1942/43 wenige Monate vor seiner Verhaftung durch die Nationalsozialisten – geschrieben hat, nur aus der freien Verantwortlichkeit des freien Mannes erwachsen. Wenn wir uns häufiger bewusst wären, dass diese Zivilcourage gefordert ist, hätten wir weniger Unrecht und Unmenschlichkeit und mehr Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit.

Zur Zivilcourage gehören Hinsehen und Hinhören – sich einsetzen und widersprechen. Der Stimme des Gewissens folgen. Die Gewissensfreiheit ist ein besonders hoher Wert – in unserer Verfassung verbürgt. Auch die Abgeordneten sind nach unserem Grundgesetz nur ihrem Gewissen unterworfen. Oft wird Gewissensfreiheit und Zivilcourage der Parteidisziplin und dem Karrierestreben untergeordnet. Oft wird diese Haltung mit notwendiger Loyalität bemäntelt. Der Wert der Loyalität wird dabei falsch verstanden. Loyalität muss in erster Linie an Verantwortung und Wahrhaftigkeit orientiert sein. Loyalität muss grundwertbezogen sein. Sonst entstehen Abhängigkeiten, die dem Aufdecken von Unrecht und damit der Wahrheit schaden. Wir brauchen überall mehr Menschen, die sich engagieren, aber nicht verbiegen lassen.

Wir müssen lernen, dass für das menschliche Zusammenleben auf allen Ebenen Freiheit und Bindung zusammengehören und eine Gemeinschaft auf Rechten und Pflichten beruht. Wo das nötige Gleichgewicht von Freiheit und Bindung, von Rechten und Pflichten nicht mehr besteht, ist das Zusammenleben gestört und gefährdet. Freiheit wird zur Beliebigkeit, Recht wird zum Rechtsanspruch ohne Rücksicht auf die Rechte anderer, Egoismus und Individualismus verdrängen Solidarität und Gemeinsinn. Unser Leben muss an Werten orientiert sein. Nur dann können wir auch das gefährliche Anspruchsdenken und die Besitzstandswahrung überwinden, die aus einer materialistischen und egoistischen Denkweise kommt. Die individuelle Selbstverwirklichung darf die soziale Verantwortung nicht verdrängen.

Der John F. Kennedy zugesprochene, aber von Thomas Jefferson stammende schöne Satz: „Frag nicht, was der Staat für dich tun kann, sondern was du für den Staat tun kannst“ muss zu einem Leitmotiv werden, wobei für den Begriff Staat in diesem Zusammenhang besser das Wort Gemeinschaft im Sinne von Solidarität stehen sollte. Letztlich entspricht diese Einstellung der Pflichtenethik von Immanuel Kant. Pflicht nicht als Last sondern als Verantwortung.

Ich meine, dass wir Deutschen in einer zentralen Frage aus der Geschichte gelernt haben. Wir wissen heute, dass nur eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung die Würde des Menschen gewährleisten und die menschlichen Grundrechte sichern kann. Artikel 1 unseres Grundgesetzes ist die Grundnorm unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens und kann sich auf einen breiten Konsens stützen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. Für diejenigen, die an Gott glauben, folgt die Menschenwürde aus der biblischen Lehre von der Gottebenbildlichkeit des Menschen. Und da die Menschenwürde politisch nur in einer rechtsstaatlichen Demokratie gesichert sein kann, bekennen wir uns endlich – wenn auch nach langen geschichtlichen Irrwegen – zur Demokratie.

Eine Demokratie kann nur überlebensfähig sein, wenn Bürgerinnen und Bürger in ihr mitwirken und Verantwortung übernehmen. Es geht also nicht um ein abstraktes Bekenntnis, sondern um ein konkretes Engagement. Freiheit und Verantwortung bedingen sich gegenseitig. Zu einer demokratischen Gesellschaft und ihrer Existenzfähigkeit gehört die Bereitschaft zur Mitarbeit und Mitgestaltung. Wir sind bereit zur Verantwortung, wenn wir den „Ohne-mich-Standpunkt“ überwinden und die Freiheit nicht als Bindungslosigkeit, als Mittel zum persönlichen Gewinn- und Vorteilsstreben sehen, sondern in der uns geschenkten Freiheit den Auftrag sehen, uns um die Menschen zu kümmern, die uns anvertraut sind. So führt verantwortliche Freiheit immer zur Solidarität.

Zur politischen Verantwortung gehört, bedingungslos und konsequent gegen Gewalt und Hass, gegen jede Form von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit zu kämpfen. Auch der Nationalismus, der solche Verhaltensweisen hervorruft, muss auf unseren Widerstand stoßen. Der Nationalismus, der uns Deutsche in die Katastrophen des letzten Jahrhunderts geführt hat und in vielen Teilen der Welt noch nicht überwunden ist, lässt nur das eigene Volk gelten, grenzt sich gegen andere Völker ab, fühlt sich ihnen überlegen und führt zu Terror, Krieg und Vernichtung. Die berechtigte Ablehnung des Nationalismus darf aber nicht Patriotismus und Vaterlandsliebe missachten. Wir sind (von Gott) in ein bestimmtes Volk gestellt, in dem wir

Verantwortung tragen für Mitmenschlichkeit und Gerechtigkeit. Ich verstehe die Nation als Standortanweisung (Gottes). Ein in diesem Sinn begründeter weltoffener Patriotismus sieht die Verantwortung für sein eigenes Volk im Eintreten für das friedliche Zusammenleben aller Völker. Deshalb ist nationale Verantwortung auch internationale Verantwortung. Zum Patriotismus gehört ein Bekenntnis zur gesamten Geschichte des eigenen Volkes – zu Höhen und Tiefen, zu Schuld und Verstrickung, zu den großen Leistungen des Geistes, der Kultur und der Wissenschaft. Zu einem gesunden Nationalgefühl gehört, dass wir unser Land – das Gott sei Dank wiedervereinigte Deutschland – zu einem vorbildlichen freiheitlichen Gemeinwesen ausbauen und in das zusammenwachsende Europa einbringen. Auch im vereinten Europa sind Nationalstaaten eine Realität.

Zu den festen Wertegrundlagen eines freiheitlichen Gemeinwesens gehört vorrangig die Toleranz. Toleranz ist Ausdruck von Stärke und Selbstbewusstsein einer Gemeinschaft, nicht von Schwäche und Anpassung. Toleranz muss seine Grenzen dort finden, wo gemeinsame Werte nicht anerkannt werden. Toleranz gegen Feinde der Demokratie und der Freiheit, gegen Extreme von rechts und links ist dumm und gefährlich.

Zu den demokratischen Werten gehört der Pluralismus der Meinungen. Unterschiedliche Meinungen zeichnen eine demokratische Gemeinschaft aus. In einer freiheitlichen Ordnung kann es keine von oben verordnete angebliche Wahrheit geben, sondern nur eine Auseinandersetzung über den besseren Weg und die besseren Lösungen. Zu der notwendigen geistigen und politischen Auseinandersetzung gehört allerdings immer ein Konsens über die Grundlagen der Gemeinschaft.

Neben der Toleranz und der Meinungsvielfalt ist auch der Kompromiss ein ethischer Wert, der gerade für eine weitere europäische Entwicklung wichtig ist. Der Kompromiss dient dem notwendigen Ausgleich unterschiedlicher Interessen, z.B. Ökonomie und Ökologie, freies Spiel der Kräfte und soziale Verantwortung, private und öffentliche Anliegen. Wer den Kompromiss ablehnt und nur die eigene Meinung anerkennt und durchsetzen will, ist nicht auf dem richtigen Weg und gefährdet mit seinem Fundamentalismus Freiheit und Ordnung.

Wenn wir dies endlich erkennen, werden wir auch lernen, dass Tradition und Fortschritt, Bewahren

und Verändern sich nicht ausschließen dürfen, sondern ergänzen müssen im Interesse einer gesicherten Zukunft.

Ich habe gesagt, dass sich Freiheit und Verantwortung gegenseitig bedingen. Auch Freiheit und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Es ist sehr wichtig, dass wir uns nach den Erfolgen der sozialen Marktwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten an ihre ethischen Grundlagen erinnern und uns dagegen wenden, dass unter Berufung auf die so genannte Globalisierung ein ungebremster Wirtschaftsliberalismus, eine „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ propagiert wird.

In unserer von mir schon mehrmals gelobten Verfassung heißt es: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat und auch: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Sozialer Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft gehören zusammen. In der sozialen Marktwirtschaft nehmen der Markt und der dazugehörige Wettbewerb den ihm gebührenden Rang ein. Der Markt darf aber nicht allein bestimmen, weil er allein dem Menschen nicht dienen kann. Es muss Rahmenbedingungen geben, die nicht ausschließlich ökonomischen Kriterien folgen, sondern sozialetisch und auch ökologisch bestimmt sind. Es gibt schlimme Missstände in der Wirtschaft. Denken wir nur an die Bereicherung von Managern. Manche Wirtschaftsbosse haben den „ethischen Kompass“ verloren oder niemals besessen.

Der sichtbare Werteverlust und Werteverfall hat zu der weit verbreiteten Meinung geführt, dass der Ehrliche immer der Dumme sei. Dazu hat neben der Wirtschaft auch die Politik beigetragen. Wenn Politik nur noch als Machterhalt oder Machtgewinn verstanden wird, bleiben moralische Werte auf der Strecke. Wenn nicht mehr über Ideen und Konzepte gerungen wird und sich die Politik den bestehenden Problemen nicht gewachsen zeigt, verlieren die Bürgerinnen und Bürger das notwendige Vertrauen.

Ich bin aber dafür, dass wir zwischen Politikverdrossenheit und Politikerschelte unterscheiden. Wer in der freiheitlichen Demokratie Politik grundsätzlich verteufelt und als schmutziges Geschäft bezeichnet, widersetzt sich seiner Verantwortung als Staatsbürger für eine menschenwürdige Gesellschaft, von der ich vorhin gesprochen habe.

Im Unrechtsstaat und in der Diktatur liegen die Fehlleistungen im System, in der Demokratie entstehen viele Probleme durch das Versagen der Führungsschichten, wenn sie die Werte der Pflicht und Verantwortung nicht glaubhaft vorleben. Es gibt leider keine Eliten im wahren Sinne des Wortes mehr, lange genug ist der Begriff Elite sogar verpönt worden.

Der ehemalige Bischof von Holstein-Lübeck, Ulrich Wilkens, sagte vor fast 20 Jahren – aktuell wie heute: „Menschen, die in Leitungsfunktionen berufen werden, in Politik, in Wirtschaft, Kultur, Justiz und Kirche, müssen wissen, dass sie als herausgestellte Bürger auch persönlich eine Vorbildfunktion einnehmen. Es muss an ihnen ablesbar sein und bleiben, dass sie nicht nur Machtinteressen, sondern zugleich auch Werte vertreten, die von allen akzeptiert sind. Dies halte ich nicht für ein bloß konservatives Anliegen, sondern für ein Element, das für die Zukunft zu bewahren, neu zu gestalten und ganz bewusst in die Mitte zu rücken ist. Es gibt keine Leitungsfunktion, die nicht eine deutliche charakterliche Vorbildlichkeit verlangt. Wir brauchen eine Führungsschicht, in der mehr als sich das bislang hat verwirklichen können, ein erneuter fester Konsens in dieser Hinsicht wächst und eine klare Norm- und Wertgrundlage wird. Insofern ist jeder Skandal, den wir politisch erleben, ein Akt der Untergrabung von Vertrauen, von dem das Gemeinwesen aber entscheidend lebt. Und jeder in leitender Position, der selbst Anlass gibt, durch sein eigenes Vorbild Misstrauen in dieser Hinsicht entstehen zu lassen,

versündigt sich in markanter Weise am Gemeinwesen.“

Wir brauchen den von Wilkens geforderten Konsens über die Norm- und Wertgrundlagen in den Führungsschichten, aber auch in allen Gruppen.

Dazu reichen Gesetze nicht aus. Selbst wenn alle Menschen gesetzestreu wären, müsste an die ethische und moralische Verantwortung appelliert werden, weil kein Rechtssystem so perfekt sein kann, dass nicht Schlupflöcher für gemeinschaftsschädliches Verhalten offen sind.

Seit 16 Jahren ist unser Vaterland wieder staatlich vereint. Unübersehbare Erfolge und Fortschritte sind erreicht worden. Es fehlt aber immer noch am Willen, von der äußeren zur inneren Einheit zu kommen. Das notwendige Bewusstsein für die uns gestellte nationale Herausforderung ist noch getrübt. Dennoch sollten wir nicht resignieren und auch nicht jammern. Wenn wir uns unserer Stärken und Chancen bewusster werden, können wir mehr leisten und erreichen. Wir sollten uns häufiger – nicht nur bei einer Einheitsfeier – an die Freude und Begeisterung (im Herbst) 1989/90 erinnern und auch stolz sein auf die historische Leistung; auch auf das, was in 16 Jahren schon geschaffen worden ist!

Ich danke der Jenaer Burschenschaft für die Vorbereitung und Ausgestaltung dieser Einheitsfeier und wünsche ihr für die Zukunft viel Erfolg.